

möglich sein, einen neuen Weltkrieg abzuwenden und ein günstiges, friedliches internationales Umfeld zu gewährleisten.“ Gefahren beständen allerdings noch immer, weil „die Mentalität des Kalten Krieges fortbesteht und Hegemonismus und Machtpolitik die Hauptquellen der Bedrohung des Weltfriedens und der Stabilität sind“. Zudem sei „die alte internationale Wirtschaftsordnung unfair und irrational“, so daß sie „die Interessen der Entwicklungsländer verletzt und zur Erweiterung der Wohlstandsgefälle führt“. (XNA, 6., 13.9.9) -ma-

## 2 WTO-Beitritt?

Die japanische Regierung befürwortet eine möglichst baldige Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation WTO. Dies ist eines der Ergebnisse bilateraler Verhandlungen zu Handelsfragen und Fragen des erweiterten Marktzugangs für japanische Dienstleistungsunternehmen, die am 27.-29. August in Tokyo und am 2.-3. September in Beijing stattfanden. Im Anschluß an diese Verhandlungen hatte Japan während des ersten asiatisch-europäischen Wirtschaftsministertreffens zu Gunsten Chinas die Initiative ergriffen und sich bemüht, die europäischen Vertreter in dieser Frage auf seine Seite zu ziehen. Der Hauptwiderstand gegen eine rasche WTO-Aufnahme Chinas kommt zur Zeit vor allem aus den USA. Dort ist man der kritischen Überzeugung, daß „noch ein langer Weg zu gehen“ sei, bevor China die notwendigen Beitrittsvoraussetzungen erfülle. „We believe it must be on commercially viable terms, which means real opening of China's markets. In our judgment, that's what the WTO is all about.“ Die amerikanische Position wurde von europäischer Seite gestützt. Der Handelsbeauftragte der EU Sir Leon Brittan betonte gegenüber den japanischen Vertretern, daß man in der Europäischen Kommission die amerikanischen Vorbehalte weitgehend teile. China habe sich nicht genügend bewegt, um die Bedingungen für einen Beitritt zur WTO zu erfüllen. „There is substantial progress to be made before we can bring it to a close.“ Dies gelte vor allem mit Blick auf zahlreiche gesetzliche Bestimmungen und Regelungen, die sich eindeutig diskriminierend ge-

gen die Tätigkeit ausländischer Unternehmen auf dem chinesischen Markt auswirkten. (IHT, 29.9.97; XNA, 5.9.97) -ma-

## 3 Quid pro quo

Ende September kam es während eines Besuchs bei den Vereinten Nationen in New York zu einem Arbeitsfrühstück zwischen den Außenministern Kinkel und Qian Qichen. Beide Minister äußerten sich zufrieden über die jüngsten Entwicklungen im bilateralen Verhältnis und verliehen ihrer Hoffnung Ausdruck, daß beide Länder in Zukunft in internationalen Fragen verstärkt zusammenarbeiten würden. Von chinesischer Seite wurde in diesem Zusammenhang betont, man werde die wirtschaftliche Öffnung des Landes fortsetzen „und auch den Dienstleistungssektor allmählich nach außen öffnen“. In diesem Punkt lag offensichtlich die eigentliche Bedeutung des Gesprächs. Die deutsche Seite sagte ihre Unterstützung für eine möglichst baldige Aufnahme Chinas in die WTO zu. China revanchierte sich mit der Aussage, man werde die Bewerbung Deutschlands um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat befürworten, da die Bundesrepublik für einen Sitz „qualifiziert“ sei. (SWB, 27.9.97; XNA, 27.9.97) -ma-

## 4 UN-Haushaltsbeitrag

Die Vereinigten Staaten haben die Volksrepublik aufgefordert, in Zukunft einen höheren Beitrag zur Finanzierung des UN-Haushaltes zu leisten. In Washington erwartet man, daß der chinesische Anteil auf vier Prozent erhöht wird, um eine Haushaltslücke zu vermeiden, „if Washington succeeds in having its assessment reduced to 20 percent from the current 25 percent“. Bisher beläuft sich Chinas Haushaltsbeitrag auf 0,7%. Der amerikanische Vorstoß wurde von chinesischer Seite nicht offen abgelehnt. Man werde eine Beitragssteigerung in Betracht ziehen. Aber „jede Revision oder Anpassung muß auf dem Prinzip der Zahlungsfähigkeit beruhen... China wird keinen Vorschlag akzeptieren, der gegen dieses Prinzip läuft.“ Man müsse die wirtschaftlichen Probleme Chinas berücksichtigen:

„The present economy of China is not as strong as some people claim it to be... Even continuing with the present rate of growth, it will be at least 30 years before China reaches intermediate level among the developed countries.“ (XNA, 14.9.97; IHT, 1.9.97; SCMP, 14.9.97) -ma-

---

# Innenpolitik

---

## 5 Parteikommissionen wollen den Gesetzesvollzug effektiver überwachen

Die Kommission für Politik und Recht (*zhengfa weiyuanhui*) des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, die für die politische Aufsicht über das Justizsystem zuständig ist, hat in diesem Jahr eine großangelegte landesweite Untersuchung über Fragen des Gesetzesvollzuges angestellt. Der Kampf gegen Defizite und Mißstände im Gesetzesvollzug bildet seit 1996 einen Schwerpunkt in der Arbeit der KP-Kommissionen für Politik und Recht sowie der staatlichen Justizbehörden in China.

Alle Parteikommissionen für Politik und Recht auf Provinzebene waren dazu aufgefordert, Vorschläge für eine verbesserte Aufsicht über den Gesetzesvollzug (*zhifa jiandu*) zu unterbreiten. Im September kamen Vertreter der regionalen Kommissionen zu einer Konferenz zusammen, um über die Ergebnisse ihrer Nachforschungen zu diskutieren. (*Fazhi Ribao*, 12.9.1997)

Bemängelt wurde, daß sich bislang nur eine „weiche Aufsicht“ durchführen lasse: Regelmäßige und kontinuierliche Maßnahmen zur Kontrolle der Tätigkeit von Regierungs- und Justizorganen, die eigentlich notwendig wären, würden nur in Ausnahmefällen praktiziert. Auch fehlten detaillierte rechtliche Vorgaben, die einen verbindlichen Rahmen für die Kontrolle des Gesetzesvollzuges setzen könnten. Um eine effektive Aufsicht zu leisten, müßten Autorität und Arbeitsorgane nicht nur der Parteikommissionen für Politik und Recht, sondern auch der Volkskongresse gestärkt werden. Darüber hinaus müsse die Kritik an Mißständen von seiten der Medien und der Bürger wirksamer einbezogen werden.

Die Kommissionen für Politik und Recht (Aufsicht über Justiz und Polizei) gehören nach den Organisationsabteilungen (Aufsicht über das Führungspersonal in Partei- und Staatsorganen) und Propagandaabteilungen (Aufsicht über die Medien) zu den wichtigsten organisatorischen Stützen für die politische Macht der Kommunistischen Partei. Die selbstkritische Einschätzung auf der jüngsten Konferenz macht aber deutlich, wie wenig effektiv politische Kontrollorgane in China aufgrund mangelnder organisatorischer Unabhängigkeit arbeiten. -hei-

## 6 Erfolge in der Verbrechensbekämpfung und in der Arbeit der Gerichte gemeldet

Einem Bericht der *Volkszeitung* zufolge sind allein während der Kampagne „Hart zuschlagen“ seit 1996 390.000 schwere Straftaten von der Polizei (Organe für Öffentliche Sicherheit) aufgeklärt worden. Mehr als 740.000 Tatverdächtige seien festgenommen und 130.000 kriminelle Gruppen zerschlagen worden.

Die Zahl der Straftaten sei 1996 dank der Kampagne gegenüber dem Vorjahr um 5,4%, die Fälle von Schwerstkriminalität um 1,7% zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 1997 habe die Häufigkeit allgemeiner Straftaten und der Schwerstkriminalität gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 13,1% bzw. 9,3% abgenommen.

Von Anfang 1993 bis Mitte 1997 seien von den Gerichten aller Stufen insgesamt 12,34 Mio. zivilrechtliche Verfahren, 5,6 Mio. wirtschaftsrechtliche Streitsachen und 271.000 verwaltungsrechtliche Verfahren verhandelt und abgeschlossen worden. (RMRB, 12.9.1997) -hei-

## 7 Rasche Entwicklung der zentral- und lokalstaatlichen Rechtsetzung

Der Nationale Volkskongreß und sein Ständiger Ausschuß haben seit 1979 insgesamt 321 Gesetze und andere Rechtsdokumente verabschiedet, davon allein 119 in der Zeit nach dem XIV. Parteitag 1992. Darüber hinaus hat der Staatsrat in den vergangenen 18 Jahren 770 Regierungsverordnungen erlassen. Hinzu kommen rund 30.000 Bestimmungen und Maßnahmen, die von Ministerien der Zentralregierung formuliert wurden. Mit die-

ser umfassenden Rechtsetzung sei ein „sozialistisches Rechtssystem mit der Verfassung als Grundlage“ geschaffen worden.

Gravierende Probleme bestünden allerdings bei der Durchsetzung und der Anwendung der Gesetze. Machtmißbrauch und Protektionismus auf lokaler Ebene stünden einem konsequenten Rechtsvollzug häufig entgegen. Man könne aber unmöglich von der Bevölkerung verlangen, das Gesetz zu respektieren, wenn Regierungsabteilungen und deren Personal das Gesetz immer wieder mißachteten. Die Glaubwürdigkeit von Partei und Staat stehe hier auf dem Spiel. (Xinhua 16.9.1997)

Auch auf regionaler Ebene kommt die Rechtsetzung nach offiziellen Angaben voran. (RMRB, 12.9.1997) 1996 haben die regionalen Volkskongresse, die über Gesetzgebungskompetenzen verfügen (das sind die Volkskongresse auf Provinzebene, aber auch die dazu ermächtigten Volkskongresse in bestimmten Großstädten und Sonderwirtschaftszonen) 839 gesetzliche Bestimmungen verabschiedet. Vor 1996 waren bereits 4.900 solcher lokaler Rechtsdokumente in Kraft getreten. Der Großteil der regionalen oder lokalen Rechtsetzung regelt Fragen der Wirtschaftsregulierung, der Stadtentwicklung, des Verkehrs- und Transportwesens sowie des allgemeinen Infrastrukturaufbaus. -hei-

## 8 Chen Xitong wird aus der Partei ausgeschlossen und vor Gericht gestellt

Nach einer Entscheidung der ZK-Disziplinarkontrollkommission vom 29. August wurde das ehemalige Politbüromitglied Chen Xitong (bis April 1995 Stadtparteisekretär Beijings) wegen schwerwiegender Korruptionsvergehen aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Der Fall wurde außerdem der Staatsanwaltschaft für weitere Ermittlungen und zur offiziellen Anklage übergeben. Noch vor Zusammentreten des Parteitages billigte das 7. Plenum des XIV. Zentralkomitees die Entscheidung der Disziplinarkontrollkommission. (RMRB, 10.9.1997)

Chen Xitong ist seit dem Prozeß gegen die „Viererbande“ Anfang der achtziger Jahre der erste chinesische Politiker auf Politbüro-Ebene, der vor Gericht gestellt wird. Insofern ist die Entscheidung der Disziplinarkontrollkommission, die im Vorhinein mit

Sicherheit vom Ständigen Ausschuß des Politbüros abgesehen wurde, ein bemerkenswerter Schritt. Aufgrund der für Korruptionsdelikte vorgesehenen drakonischen Strafen ist nicht auszuschließen, daß Chen zum Tode verurteilt werden könnte. Bei hohen Funktionären wird die Todesstrafe allerdings üblicherweise ausgesetzt und nachträglich in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt.

Die Disziplinarkontrollkommission machte keine genaueren Angaben über die Vergehen, die Chen zur Last gelegt werden. Chen wird jedoch in internen Dokumenten als zentrale Figur eines weitläufigen Korruptionsnetzwerks in Beijing geschildert, das in großem Stil Regierungsgelder veruntreute und in vielfältige dubiose Geschäfte verwickelt war. Chen Xiaotong, der Sohn des Angeklagten, ist bereits im August zu einer zwölfjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Insgesamt sollen etwa zwanzig Partei- und Verwaltungsfunktionäre in Beijing in den Fall verwickelt und deshalb inhaftiert sein. (SCMP, 10.9.1997) -hei-

## 9 121.500 Parteiausschlußverfahren und 7,5 Mio. Korruptionsbeschwerden in den letzten fünf Jahren

In einem dem XV. Parteitag vorgelegten Tätigkeitsbericht machte die ZK-Disziplinarkontrollkommission detaillierte Angaben über den Stand der Korruptionsbekämpfung in China. (Xinhua, 23.9.1997) Seit Verstärkung der diesbezüglichen Anstrengungen im Jahre 1993 bis zum Juni 1997 seien 263.000 Partei- und Regierungsfunktionäre mit Disziplinarstrafen gemäßregelt worden.

Insgesamt sei man in der Periode seit dem XIV. Parteitag (im Oktober 1992) 731.000 Verdachtsfällen nachgegangen. 121.500 Funktionäre seien aufgrund schwerwiegender Verstöße aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden, gegen 37.500 Personen sei ein Strafverfahren eröffnet worden.

Die Mitwirkung der „Öffentlichkeit“ bei der Aufdeckung von Korruptionsdelikten werde immer wichtiger. So seien seit Oktober 1992 insgesamt 7,55 Mio. Korruptionsbeschwerden durch die Disziplinarorgane registriert worden. 930.000 dieser Beschwerden seien gehen Kader oberhalb der Kreis- bzw. Referatsleiter-Ebene gerichtet gewesen. Auch mit ungerechtfertigten Korruptionsvorwürfen habe

sich die Disziplinarkontrollkommission auseinanderzusetzen: 358.000 Funktionäre seien in den letzten fünf Jahren nach eingehenden Untersuchungen offiziell entlastet worden. -hei-

#### 10 Neubewertung des 4. Juni 1989 gefordert – „Zhao Ziyangs Brief“ eine Fälschung

Anhänger des 1989 abgesetzten ehemaligen KP-Generalsekretärs Zhao Ziyang sowie Dissidenten haben im Vorfeld des XV. Parteitags durch mehrere Schriften internationales Aufsehen erregt, in denen eine Rehabilitierung des heute 77-jährigen Zhao und eine Neubewertung der Massenproteste von 1989 gefordert werden. (IHT, 11.9.1997; Kyodo News Service, 15.9.1997, nach SWB, 17.9.1997; SCMP, 16.9.1997)

Unter anderem wurde ein in den westlichen Medien hoch gespielter „Brief Zhao Ziyangs“ in Umlauf gebracht, in dem der Militäreinsatz vom 4. Juni verurteilt und eine Klärung der damaligen Ereignisse gefordert wird. Der in Antragsform an das Präsidium des Parteitages gerichtete „Brief“ war mit dem Computer geschrieben, trug keine handschriftliche Unterschrift und wurde von Familienangehörigen Zhaos schließlich als Fälschung zurückgewiesen. (Agence France-Presse, zit.n. SZ, 22.9.1997)

Dennoch trafen dieses und andere Schreiben ähnlichen Inhalts auf großes Interesse auch unter den Delegierten des XV. Parteitages, denen offenbar einzelne Exemplare mit Erfolg zugespielt worden waren. Während der Sitzungen der 36 Parteitagsdelegationen sprachen Hongkonger Meldungen zufolge mehrere Vertreter der Parteispitze (Li Peng, Zhu Rongji, Li Ruihuan und Liu Huaqing) von sich aus die Ereignisse von 1989 an und bekräftigten das Urteil der damaligen Parteiführung. Jiang Zemin soll zuvor eine Weisung ausgegeben haben, daß an dem Verdikt von 1989 entschieden festzuhalten sei. (ZM, 1997/10, S.10-11)

Auch der Sprecher des XV. Parteitages und Justizminister Xiao Yang dementierten in Pressekonferenzen vor ausländischen Journalisten, daß überhaupt Schreiben, die sich mit der Neubewertung des 4. Juni befassen, beim Parteitagspräsidium eingegangen seien. Zugleich stellten aber beide klar, daß die Partei- und Staatsführung bereits ein abschließendes und korrektes

Urteil über den 4. Juni gefällt habe, das keiner Revision bedürfe. -hei-

#### 11 Reorganisation des Regierungsapparates – Zhu Rongjis Pläne

Nach Angaben des Komitees für Organisations- und Stellenplanung beim KP-Zentralkomitee hat die Reform des Regierungsapparates seit 1992 Fortschritte zu verzeichnen. (RMRB, 18.9.1997) Die Zahl der Ministerien und zentralstaatlichen Behörden sei von 68 auf 59 vermindert worden; 56 nicht-ständige Organe der Zentralregierung seien in diesem Zeitraum aufgelöst worden. Die Zahl des Personals in den Regierungsorganen der verschiedenen Verwaltungsebenen der verschiedenen Verwaltungsebenen sei von 9,25 Mio. auf 7,25 Mio. gesenkt worden.

Dennoch werde der aufgeblähte Regierungsapparat, auf dessen Resistenz gegen Reformversuche Jiang Zemin in seiner Parteitagsrede hinwies, weiterhin nicht den Effizienzerfordernissen der „sozialistischen Marktwirtschaft“ gerecht. Auf der Ebene der Zentralregierung gebe es 41 Ministerien, Provinzregierungen besäßen im Durchschnitt 53, Mittelstädte 46 und Kreisregierungen 28 Abteilungen bzw. Behörden.

Eine klare Trennung zwischen Verwaltungs- und Unternehmensfunktionen im Staatsektor der Wirtschaft sei bisher nur unzureichend gelungen. Die Wirtschaftsverwaltung müsse deshalb auf allen Ebenen einer durchgreifenden Reform unterzogen werden. Branchenbehörden, die eine Vielzahl von Staatsunternehmen beaufsichtigten, könnten in sich selbst finanzierende Wirtschaftseinheiten ohne Regierungsfunktionen umgewandelt werden.

Besonders in armen Kreisen und Gemeinden bilde die Reduzierung des Verwaltungspersonals eine der wichtigsten Maßnahmen zur Strukturreform und zur Armutsbekämpfung, da Bevölkerung und Wirtschaft in solchen Gebieten durch hohe Kosten für überzähliges Verwaltungspersonal schwer belastet seien. Die Zentralregierung arbeite derzeit an einem Gesetzentwurf, der die Grundzüge der Verwaltungsorganisation verbindlich regeln solle.

Eine einfache Reduzierung des Personals sei jedoch nicht in allen Bereichen sinnvoll. So habe man in den letzten Jahren etwa das Personal im Ju-

stizsystem (plus 200.000), in der Steuerverwaltung (plus 200.000) sowie in den Behörden für Industrie und Handel (plus 100.000) aufstocken müssen, um den wachsenden Erfordernissen in diesen Bereichen gerecht zu werden.

Die seit 1993 mit bescheidenem Erfolg betriebenen Verwaltungsreformen werden im nächsten Jahr mit dem Amtsantritt Zhu Rongjis als Ministerpräsident möglicherweise einen neuen Schub erfahren. Zhu soll bereits vor dem XV. Parteitag seine engeren Mitarbeiter und Berater dazu aufgerufen haben, umfassende Vorschläge zur Organisationsreform der Zentralregierung zu erarbeiten. Zhu beabsichtige, eine auf Effizienz und „wissenschaftliches“ Management der Staatsangelegenheiten ausgerichtete Organisations- und Personalstruktur zu schaffen. Zu diesem Zwecke sollen frische Kräfte aus dem von Zhu beaufsichtigten Finanzsystem (Staatsbanken und Finanzministerium) und junge Manager erfolgreicher Staatsunternehmen an die Stelle der vor dem Pensionsalter stehenden, bisher dominierenden Planungsbürokraten treten. (SCMP, 20.9.1997) -hei-

---



---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---



---

#### 12 XV. Parteitag: Unverändert wichtige Stellung von Wissenschaft und Technik

Generalsekretär Jiang Zemin widmete in seinem Bericht auf dem XV. Parteitag (abgedruckt in RMRB, 22.9.97, übers. in XNA, 22.9.97), der vom 12.-18. September 1997 stattfand, Wissenschaft und Technik relativ breiten Raum und bestätigte damit die Politik der Betonung von Wissenschaft und Technik, die ein wesentliches Kennzeichen der Reform- und Öffnungspolitik seit Ende der siebziger Jahre ist. Passagen zu Wissenschaft und Technik finden sich in zweien der aus zehn Kapiteln bestehenden Rede, nämlich im fünften Kapitel über die „Reform des Wirtschaftssystems“ und im siebten Kapitel über den „Aufbau einer sozialistischen Kultur mit chinesischen Kenn-